

Württ. Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

108. Sitzung.

Stuttgart, 19. Juni.

Im Einlauf ist ein Nachtragsetat betreffend Einführung des Postverkehrs und ein Gesetzesentwurf betreffend die Eingemeindung von Degerloch nach Stuttgart.

Dieser Entwurf soll ohne vorgängige Kommissionsberatung zur Verhandlung kommen.

Man setzt sodann die Beratung der

Bauordnung

bei Art. 70 b fort, der die Zuständigkeit des Oberamts für solche Entscheidungen, bei denen die Kompetenz des Amtsgerichts nicht ausreicht, regelt.

Kessler (Zentr.) und einige andere Zentrumsabgeordnete beantragen, daß die Hebung oder Schließung von Gebäuden unter allen Umständen der Genehmigung des Oberamts unterstellt werde.

Scheible (W.R.) schildert den schweren Nagolder Unglücksfall. Damals habe das Oberamt alle Vorkehrungsmaßregeln getroffen. Trotzdem sei das Unglück nicht vermieden worden.

Minister des Innern Dr. v. Bischoff: Er verspricht sich von dem Antrag Kessler keine praktische Wirkung. Besser würde die ganze Frage bei Art. 82 geregelt werden.

Nach weiterer Debatte, an welcher sich Kembold-Gmünd (Zentr.), Vizepräsident Kraut (W.R.), Minister des Innern Dr. v. Bischoff und Mitberichterst. Mayer-Ulm (Volksp.) beteiligen, wird der Antrag Kessler (Zentrum) angenommen.

Art. 71 bestimmt die Unterstellung von Baugesuchen, die mit Gesuchen um Genehmigung von gewerblichen Anlagen oder Wasserbetriebsanlagen zusammenstehen, unter die Zuständigkeit der über letztere erkennenden Behörden.

Felger (Volksp.) wünscht Beschleunigung des Verfahrens bei Wasserbetriebsanlagen. Er habe in seiner Gemeinde einen Fall anhängig, der seit dem Jahre 1893 schwebend und noch nicht erledigt sei.

Nach einigen Bemerkungen vom Minister des Innern Dr. v. Bischoff und Felger (Volksp.) wird der Artikel angenommen.

In Art. 72 ist vorgesehen, daß der Ortsbautechniker an die Stelle der alten und überlebten dreigliederigen Bau-schau tritt.

Kugst (Volksp.) beantragt, nicht, wie die Kommission vorschlägt, zu sagen:

„Der Ortsbautechniker muß mindestens die Berechtigung zur Führung des Meistertitels als Maurer- oder Zimmermeister haben“, sondern zu fassen:

„Der Ortsbautechniker muß wenigstens zur Anleitung von Porülungen im Baugewerbe berechtigt sein, in der Regel soll er mindestens die Berechtigung zur Führung des Meistertitels als Maurer- oder Zimmermeister haben.“

Staudenmeyer (Volksp.) stellt und begründet in Verbindung mit Kugst (Volksp.) den Antrag, dem Art. 72 einen Abs. 5 anzufügen:

„Die Bestimmungen des Abs. 3 finden keine Anwendung in Gemeinden mit nicht mehr als 1000 Einwohner, sofern dieselben nicht einen geprüften Ortsbautechniker angestellt haben.“

Nach längerer Debatte wird der Antrag Kugst (Volksp.) abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen, der Antrag Staudenmeyer-Kugst (Volksp.) verworfen.

In Art. 73 wird die Stellung der Oberamtsbaumeister geregelt. Der Oberamtsbaumeister soll als Bezirkstechniker wie früher beibehalten werden. Die wesentliche Neuerung ist, daß er künftig von den Gemeinden zugleich als Ortsbautechniker oder als Stellvertreter desselben soll bestellt werden können.

Dazu liegen folgende Anträge vor:

Die Kommission beantragt die Anfügung eines Abs. 7. „Am Verordnungsweg kann ein Rahmen für die Be-

messung der den oberamtlichen Technikern zu gewährenden Gehalte vorgeschrieben werden.“

Kembold-Kalen (Zentr.) beantragt, diesen Rahmen nicht im Verordnungsweg, sondern im Gesetz vorzuschreiben. v. Gauß (Volksp.) und Mayer-Ulm (Volksp.) beantragen, die Nebenbeschäftigung der Oberamtsbaumeister nicht bloß zu verbieten, wenn sie gegen Entgelt erfolgt, sondern sie überhaupt zu verbieten, also die Worte: „gegen Entgelt“ zu streichen.

Walter (Zentr.) und Genossen beantragen, zu sagen: „Der oberamtliche Bauverständige darf Arbeiten auf dem Gebiete des Bauwesens für Privatpersonen gegen Entgelt nicht übernehmen.“

Schnaidt (Volksp.) beantragt nicht bloß den Betrieb eines Baumaterialien-Geschäfts, sondern auch die entgeltliche Vermittlung oder Lieferung von Geschäften für ein solches zu verbieten.

Verichterstatter Kraut (W.R.) bringt zu einer seitens der Oberamtsbaumeister vorliegenden Eingabe folgenden Antrag namens der Kommission ein:

„Die Kammer wolle die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung nach der Richtung überweisen, daß in der Volksgesetzgebung zur Bauordnung den Amtskorporationen empfohlen wird, im Falle der Anstellung mehrerer Techniker deren Geschäftsgebiet räumlich, nicht sachlich abzugrenzen und jedem Techniker innerhalb seines Bezirkes alle in sein Gebiet einschlagenden Arbeiten zu übertragen.“

Nach längerer Debatte, an der sich zahlreiche Abgeordnete und der Minister des Innern Dr. v. Bischoff beteiligen tritt Diesching (Volksp.) nochmals gegen die Festsetzung eines einheitlichen Gehaltsrahmens für die Oberamtsbaumeister auf. Man solle das ganz ruhig den Amtskorporationen überlassen, denn hier könne unmöglich generalisiert werden.

Nachdem noch verschiedene Redner gesprochen haben, wird der Antrag v. Gauß-Mayer-Ulm (Volksp.) angenommen, ebenso der Antrag Schnaidt (Volksp.). Der Antrag Kraut (W.R.), der namens der Kommission gestellt ist, wird nach erfolgter Ablehnung des Antrags Kembold-Kalen (Zentr.) mit 37 gegen 36 Stimmen angenommen.

Art. 74, der bei Krankenhäusern, Friedhofsbauten, Schulhäusern u. s. w. die Buziehung eines beamteten Arztes vorseht, wird angenommen.

Art. 75 enthält die Vorschrift der Anzeige des genehmigungspflichtigen Bauwesens beim Ortsvorsteher oder dem an seiner Stelle mit Entgegennahme der Anzeige betrauten Beamten (Matschreiber).

Kugst (Volksp.) äußert einige Wünsche bezüglich lästiger Anlagen, deren Erfüllung der Minister zusagt. Der Artikel wird angenommen.

Art. 76 handelt von dem Verfahren, das nach Einreichung der Baupläne einzuleiten ist.

Er wird nach kurzer Debatte unter Ablehnung eines vom Minister gewünschten Zusatzes genehmigt, daß die näheren Bestimmungen dieses Artikels dem Verordnungsweg vorbehalten werden sollen.

Art. 77 ist als Art. 70 a eingeschaltet worden.

Art. 78 wird ohne Debatte genehmigt.

Hier wird abgebrochen.

Nächste Sitzung morgen vormittag 9 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung.

Schluß 7 Uhr 15 Min.

Rundschau.

Eine offiziöse Aulassung über die politische Lage.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: In der Beurteilung der politischen Lage macht sich vielfach eine Unruhe geltend, die sich weniger auf greifbare Tatsachen berufen kann, als sie vielmehr in einer weitverbreiteten Unsicherheit darüber ihren Ursprung hat, ob etwa neue Konstellationen sich bilden und die friedliche

Lösung schwebender Fragen erschweren könnten. Es wäre verfehlt, leugnen zu wollen, daß sich schwierige diplomatische Auseinandersetzungen ergeben könnten, nur sollte darüber nicht vergessen werden, daß man durch ängstliche, übertriebene Ausmalung möglicher Gefahren nicht den sachlichen und gesunden Lösungen vorarbeiten, die herbeizuführen allen Mächten ein gemeinsames Interesse bietet. In solchen Zeiten der Erwartung, wie wir sie gegenwärtig durchleben, drängen sich erfahrungsgemäß Elemente in den Vordergrund, die Lust an Unheil stiften haben. Solche Zeiten geben einen geeigneten Nährboden für die haltlosesten Gerüchte ab, und es bedarf nur einer flüchtigen Lektüre der Zeitungen, um sich davon zu überzeugen, mit welchem Eifer die Ausstreuung bössartiger Erfindungen betrieben wird. Die deutsche Politik aber hat einen besonderen Grund zur Wachsamkeit, da sich fast alle diese Gerüchte gegen sie als ihr gemeinsames Angriffsobjekt richten. Seit Jahren sind wir gewohnt, von eifrigen Propagandisten als die eigentlichen Urheber des russisch-japanischen Krieges hingestellt zu werden. Es ist kein Wunder, daß auch jetzt wieder mit dieser abgegangenen Geschichtsstunde gearbeitet wird, deren dokumentarische Widerlegung leicht wäre. Sobald Fragen des näheren Orients hervortreten, hören wir regelmäßig, daß deutsche Ratschläge in Konstantinopel wirksam sind, um die Türkei in eine kriegerische Stimmung zu versetzen. Von da ist nicht weit zu Behauptungen wie: daß die angachischen Zustände in Persien das deutsche Kommando belasten, daß wir Unteroffiziere als Instrukteure nach Afghanistan geschickt haben, und daß wir unsere Stellung zu verbessern suchen, indem wir die islamitische Welt gegen Europa aufregen. Auch sollen wir eine Intervention in Rußisch-Polen vorbereiten, heimliche Verbindungen mit Rußland haben usw.

Alles Unwahrheiten, zu deren Unterstützung auch nicht die geringste Tatsache beigebracht werden kann. Leider haben wir die Beobachtung zu machen, daß die Treibereien gegen die deutsche Politik in Deutschland selbst hier und da durch Sensationslust Vorwärt getrieben wird. In dem Augenblick, da die Fragen des näheren Orients von besonderer Bedeutung sind, geben eine erhebliche Leichtfertigkeit dazu, um die gänzlich unbegründete Nachricht in die Öffentlichkeit zu werfen, daß der Vorkämpfer Frhr. v. Marschall abberufen und durch den Generalinspektor Frhr. von der Goltz ersetzt werden soll. Schlimmer noch ist der Unfug, daß Nachrichten, die der Kaiser im Kreise seiner Offiziere getan hat, in unbegreiflicher Willkür in die Presse gebracht worden sind. Was der so bestimmte in Umlauf gesetzte Meldung zugrunde liegt, ist eine Spekulation, die der Kaiser in Döberitz am 29. Mai nach dem Exerzieren der vor 20 Jahren von dem damaligen Kronprinzen seiner Majestät Kaiser Friedrich vorgeführten Kaiserbrigade gehalten hat. Diese Besprechung hatte nur dienliche und militärische Angelegenheiten zum Gegenstand, bezog sich nicht auf politische Tagesfragen und es ist darin auch nicht von einem Entschließen und von Umstellen die Rede gewesen. Wohl aber hat der Kaiser seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Armee, dem Geiste Friedrichs des Großen getreu, ihren Aufgaben gewachsen bleiben werde. Beweis wollen wir alle unsere Augen gegenüber möglichen Gefahren nicht verschließen. Unsere Soldaten tragen nicht an ihrer Mäße den unfruchtlichen Sinnpruch des Hildesheimer Kontingents der ehemaligen Reichsarmee: Da Pacem domine, in diebus nostris. Das Bewußtsein unserer Kraft darf uns Zerschrecken und Ruhe geben, die allein eines großen friedlichen Volkes würdig ist.

Das neue Automobilhaftpflichtgesetz.

Der Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen ist nunmehr im Reichsjustizamt fertiggestellt worden und dem Bundesrate zugegangen. Ebenfalls

„Leider habe ich mich genötigt gesehen, sie von neuem in Ueberlegung zu ziehen. Ich hatte mein Recht um Herrn Scholto gesponnen, als er mir plötzlich durch die Maschen ging. Er konnte ein Alibi nachweisen. Von der Zeit an, daß er seines Bruders Zimmer verließ, hatten verschiedene Zeugen ihn nicht auf den Augen verloren. So konnte er es nicht gewesen sein, der über Dächer und durch Falltüren geklettert war. Es ist ein sehr dunkler Fall und mein Ruf steht auf dem Spiele; da würde ich es nicht ungern sehen, wenn mir jemand ein wenig zu Hilfe käme.“

„Und wer wäre dieser Jemand?“
„Ihr Freund, Sherlock Holmes, ist ein wunderbarer Mann.“ fuhr er mit seiner heiseren Stimme vertraulich fort. „Ihm tut es keiner gleich. Ueber jeden Fall, den er untersucht, weiß er Licht zu verbreiten. Seine Methode ist nicht regelrecht und sein Urteil etwas zu rauh, aber im Ganzen hätte er, glaube ich, einen tüchtigen Beamten abgeben können — das sage ich jedem, der es hören will. Er scheint in der Scholto-Angelegenheit eine Fahrkarte gefunden zu haben. Hier ist die Bescheinigung.“

Sie war in Poplar um zwölf Uhr aufgegeben und lautete:

„Gehen Sie sogleich nach der Baker-Strasse; wenn ich nicht da bin, erwarten Sie mich. Bin den Scholto-Kräubern auf der Spur. Sie können uns heute Nacht begleiten, wenn Sie den Fang mitmachen wollen.“

„Das klingt gut. Er ist offenbar wieder im rechten Fahrwasser.“ sagte ich.

„Also hatte er auch die Richtung verloren.“ rief Jones mit sichtlichem Befriedigung. „Ja, ja, selbst die Besten werden zuweilen aus dem Sattel geworfen. Möglicherweise auch dies wieder nur ein blinder Darm ist; aber meine Pflicht als Polizeibeamter zwingt mich, keine Gelegenheit zu verpassen. — Doch, da kommt jemand herauf. Vielleicht ist er's selbst.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Zeichen der Bier.

25)

Von Conan Doyle.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Bis zur Frühstückstunde hatte ich noch nichts von ihm gehört. Im Standard fand ich indessen einen neuen Artikel über die Angelegenheit, welcher lautete:

„Das Trauerspiel von Norwood scheint sich viel verwickelter und geheimnisvoller zu gestalten, als wir ursprünglich glaubten. Neuere Zeugnisse haben bewiesen, daß Dabbans Scholto ganz unbeteiligt an der Sache ist. Er sowohl als die Haushälterin, Frau Bernstone, sind gestern Abend aus der Haft entlassen worden. Die Polizei soll jedoch den wirklichen Verbrechern auf der Spur sein. Athelney Jones von Scotland Yard verfolgt dieselben mit seinem bekannten Eifer und Scharfsinn. Weitere Gefangennahmen werden jeden Augenblick erwartet.“

„Also Freund Scholto ist jedenfalls in Sicherheit.“ dachte ich, „das ist ja höchst befriedigend. Ich bin begierig, was es mit der neuen Spur auf sich hat; fast scheint mir dies die hergebrachte Redensart so oft die Polizei eine Dummheit begeht. Eben wollte ich die Zeitung beiseite legen, als mein Auge auf folgende Anzeige in der letzten Spalte fiel:

Vermisst: Der Bootsmann Mordecai Smith und sein Sohn Jim verließen vorigen Dienstag, ungefähr um drei Uhr morgens, Smiths Werft in dem Dampfboot „Aurora“, schwarz, mit zwei roten Streifen; Dampfschlot schwarz, mit weißem Rundreif. Wer über das Verbleiben des besagten Mordecai Smith und der Aurora Nachricht bringen kann, entweder an Frau Smith selbst oder nach der Baker-Strasse 221 b, erhält die Summe von fünf Pfund Sterling ausbezahlt.

Das hatte offenbar Holmes einrücken lassen; die Adresse in der Baker-Strasse bewies das zur Genüge. Die

Maßregel schien mir sehr sinnreich, denn die Flüchtlinge konnten die Anzeige lesen, ohne mehr darin zu sehen, als die natürliche Angst einer Frau um ihren verschwundenen Mann.

Der Tag wurde mir sehr lang. So oft es an der Tür klopfte oder ein eiliger Schritt die Strasse entlang kam, dachte ich, es müsse entweder Holmes selbst oder eine Antwort auf seine Anzeige sein. Ich versuchte zu lesen, aber meine Gedanken schweiften immer wieder ab. Beruhete nicht vielleicht die ganze Schlussfolgerung meines Gefährten auf einem Irrtum? Konnte er nicht in einer großen Selbsttäuschung befangen sein und seine Theorie auf falscher Grundlage aufgebaut haben? Die schärfsten Verstandesmenschen täuschen sich ja zuweilen, gerade weil sie die einfachere Lösung eines Rätsels verschmähend, nach schwierigeren und verwickelteren Erklärungen suchen.

Am Nachmittag gegen drei Uhr wurde stark an der Glocke gezogen. Im Hausflur ward eine befehlende Stimme laut und zu meiner großen Ueberraschung trat niemand Geringeres als Athelney Jones zu mir ins Zimmer. Sein Gesichtsausdruck war niedergeschlagen und seine Haltung gedrükt, ja fast demütig.

„Guten Tag, Herr Doktor.“ sagte er. „Holmes ist nicht zu Hause, wie ich höre?“

„Nein, auch weiß ich nicht, wann er zurück sein wird. Aber vielleicht möchten Sie ihn erwarten. Bitte, setzen Sie sich und versuchen Sie eine von diesen Zigaretten.“

„Danke, das will ich tun.“ sagte er, sich die Stirne mit einem rotierenden Taschentuch trocknend.

„Vielleicht ist Ihnen ein Glas Whisky mit Sodawasser gefällig?“

„Ein halbes Glas, wenn ich bitten darf. Man braucht eine Erquickung, wenn man sich bei der Hitze so quälen und abplagen muß, wie ich. — Erinnern Sie sich noch an meine Auffassung des Norwood-Falles?“

„Zweifel, Sie haben uns ja Ihre Theorie auseinandergesetzt.“



wie die frühere Reichstagsvorlage geht der neue Regierungsentwurf von dem Grundgedanke aus, daß der Automobilführer verpflichtet ist, jeden Schaden zu ersetzen, der durch den Betrieb des Automobils entsteht, sei es, daß ein Mensch getötet, oder verletzt, oder daß eine Sache beschädigt wird. Auch der Automobilbesitzer soll für den durch sein Automobil angerichteten Schaden haftbar gemacht werden. Er muß für ein Verschulden seines Chauffeurs ganz ebenso aufkommen wie für Fehler und Störungen im Betriebe seines Fahrzeuges, durch die die etwa entstandenen Schäden verursacht wurden. Es wird ihm dagegen anheimgestellt, sich von der Haftpflicht durch den Nachweis zu befreien, daß der Schaden durch die Schuld des Verletzten oder eines dritten oder sonst durch einen äußeren Zufall verursacht worden ist, dessen Abwendung beziehungsweise Verhinderung nicht in seiner Macht stand. Dabei wird aber ferner, soweit ihn nicht selbst ein Verschulden trifft, seine Schadenersatzpflicht durch bestimmte Maximalsummen begrenzt, um ihn in die Lage zu versetzen, sich gegen die durch das neue Haftpflichtgesetz herbeigeführte verschärfte Haftung ohne übermäßige Kosten zu verichern.

Der Regierungsentwurf stellt in seiner jetzigen Fassung ferner Grundzüge auf über die Erteilung und Entziehung der Erlaubnis zum Fahren von Kraftfahrzeugen und sieht besondere Strafen vor gegen alle diejenigen, die den Vorschriften über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zuwiderhandeln.

Die Sozialdemokratie und die „Jugendlichen“. Von der sozialdemokratischen Presse wurden die heftigsten Angriffe gegen die Freisinnigen wegen ihrer Zustimmung zum Reichsvereinsgesetz gerichtet, das in seinem Paragraphen 17 bestimmt: „Personen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein“ usw. Weiten Kreisen in der Sozialdemokratie scheint diese Bestimmung des neuen Vereinsgesetzes gar nicht unwillkommen gewesen zu sein. Das ergibt sich aus einem Artikel des Gewerkschaftsführers Karl Legien in den „Sozialistischen Monatsheften“. Legien schreibt wörtlich: „In gewerkschaftlichen Kreisen war, was auf der Konferenz der Vorstandsvertreter einstimmig zum Ausdruck gebracht wurde, allgemein die Ansicht vorherrschend, daß die in den letzten Jahren geschaffenen Jugendorganisationen ein verfehltes Unternehmen seien. Gewiß muß von der Arbeiterschaft, sowohl der gewerkschaftlich wie der politisch organisierten, auf die Erziehung der Jugend eingewirkt werden, zumal die christlichen und liberalen Parteien ihren Einfluß auf diese geltend zu machen suchen, um sie von der modernen Arbeiterbewegung fernzuhalten. Hierzu bedarf es aber nicht besonderer Vereinigungen der Jugendlichen, die ohne genügenden Einfluß Erwachsener leicht auf Wege geraten, die nicht zur Heranbildung der Jugendlichen zu tätigen Mitgliedern der Arbeiterorganisationen führen. Der Jugend muß die Jugendzeit erhalten bleiben. Man soll nicht zu frühzeitig ihr Hirn mit schwierigen sozialen oder politischen Fragen beschäftigen, sondern die körperliche Entwicklung fördern u. in Verbindung damit den Geist zu beeinflussen suchen.“ — Das ist wieder einmal das frivole Gegenteil von dem, was die sozialdemokratische Presse seither donnerte.

Marokko.

In der französischen Deputiertenkammer wurde am Freitag wieder einmal über Marokko interpelliert. Im wesentlichen ging die Interpellation dahin, ob die Regierung auch der von der Kammer schon so oft gebilligten Politik treu bleibe, welches die Bedingungen für General Lamade seien, und ob die Regierung fortfahre, die Algecirasakte als Grundlage des französischen Vorgehens zu beobachten. Minister Bichon verlas die dem General Lamade gegebenen Instruktionen, die dahin gehen, daß bezüglich der algerischen Grenze das französisch-marokkanische Abkommen innegehalten werde und in Uebereinstimmung mit dem Wahgen dort die Ruhe wieder hergestellt werde. Jaurès erklärte sich für befriedigt, daß die Regierung mit Bestimmtheit den vorübergehenden Charakter des Vorgehens in Marokko bestätigt habe. Er glaube aber, die Regierung täusche sich über die verschiedenen Machtmittel der beiden Sultane. Als Jaurès von einer deutschen Note sprach, in der angefragt werde, ob Frankreich seine Truppen zurückziehen wolle, fragt Bichon in großer Erregung, durch wen Jaurès autorisiert worden sei, im Namen Deutschlands zu reden. Hierauf großer Lärm. Nach weiteren Auseinandersetzungen, in denen gesagt wurde, daß man nur einen Sultan anerkennen könne, der die Algecirasakte unterschreibe, erklärte Bichon, niemals habe der Vertreter einer fremden Macht eine Sprache geführt, wie sie Jaurès anbeute. Die Kammer nahm schließlich mit 343 gegen 126 Stimmen eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung an, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten Marokkos und in Uebereinstimmung mit der Algecirasakte die Rechte und die Würde Frankreichs in Marokkos zu wahren.

Zur Präsidentenwahl in Nordamerika.

Chicago, 18. Juni. Das Resolutionskomitee des republikanischen Konvents unterbreitete dem Parteitag das Parteiprogramm, das eine lange Reihe wichtiger Fragen behandelt. Bezüglich der Tariffrage führt es aus, die republikanische Partei erkläre sich unzweideutig dafür, daß die Tarifrevision in einer Spezialsession des Kongresses sofort nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten verhandelt werde. Das Parteiprogramm erklärt weiter, das Prinzip des Schutzzollens werde am besten gewahrt durch die Aufhebung solcher Zölle, welche die Differenz zwischen den Produktionskosten des Inlandes und des Auslandes, ausgleichen und ferner der amerikanischen Industrie einen angemessenen Verdienst sichern. Weiter wird in dem Programm ein Minimal- und Maximal-Tarif befürwortet, dieser soll gegen die Länder angewendet wer-

den, die amerikanische Waren unterschiedlich behandeln. Der Minimaltarif soll dagegen nicht nur den amerikanischen Fabrikanten, Farmern usw. einen Schutz gegen den Wettbewerb des Auslandes sichern, sondern auch die hohe Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter, die den unmittelbaren Nutzen des Schutzzollens genießen, erhalten. Das Programm befürwortet ferner den zollfreien Austausch zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen mit Einschränkungen nur bezüglich des Tabaks und des Jutes. Zum Schutze dieser heimischen Interessen befürwortet das Parteiprogramm die Abänderung des Sherman-Antitrustgesetzes zwecks Erweiterung der Kontrolle seitens der Regierung über die Korporationen. Das Parteiprogramm betont die Riesenschritte des Landes unter dem republikanischen Regime. Das Nationalvermögen übertreffe das Englands und aller seiner Kolonien und sei größer als das Deutschlands und Frankreichs zusammengenommen.

Chicago, 19. Juni. Das Kongressmitglied James Sherman ist im ersten Wahlgang zum Kandidaten für die Vizepräsidentschaft nominiert worden. Der republikanische Konvent hat sich vertagt.

Tages-Chronik.

Nürnberg, 19. Juni. Der Stadtmagistrat hat in seiner heutigen Sitzung entgegen dem Wunsche des Gemeindevollständigenkollegiums, mit allen gegen drei Stimmen beschloffen, es dabei zu belassen, daß die Mitglieder der Gemeindefolklegen von allen städtischen Lieferungen auszuschließen seien.

Paris, 19. Juni. Eine neue Nordmaschine für den modernen Krieg soll ein Ingenieur in Dijon konstruiert haben. Es handle sich um eine elektrische Wirtailleule, die 1200 Geschosse in der Minute auswerfen kann. Nach dem „Journal“ befaßt sich die französische Armeekommission zur Zeit mit der Prüfung dieser Kriegsmaschine.

Rom, 19. Juni. In dem Zwischenfall in der italienischen Kammer wird noch gemeldet, daß der durch das Los dazu bestimmte Journalist Zambelli vom „Mattino“ den beleidigten Santini auf Säbel gefordert hat.

Rom, 19. Juni. Der Journalistenstreik ist beendet. Der Kammerpräsident Marcora empfing heute eine Abordnung der Journalisten und erklärte, er habe nie die Absicht gehabt, die Vertreter der Presse zu beleidigen; er behauere die Äußerungen Santinis. Mit dieser Genugung erklärten die Journalisten sich befriedigt.

Petersburg, 19. Juni. Der Zar wird voraussichtlich England in diesem Jahre nicht besuchen, doch hoffe er, der Einladung des Königs im nächsten Jahre folgen zu können.

Eine Fischkrankheit, an der große Mengenfische zu Grunde gehen, ist im Rhein unterhalb Schaffhausen aufgetreten. Die Fische, meistens Forellen, Aeschen und Barben, sind an den Flossen und Kiemen von etwa zwei bis drei Zentimeter langen Blutegeln sogenannter Fischegel befallen; sie stehen haufenweise am Ufer, ermattet, mager und entkräftet, bis sie absterben. Zahlreiche tote Fische treiben den Rhein flomabwärts. Man befürchtet, daß diese Fischschädlinge auch weiter in den Bodensee hereinkommen.

Die dem Stahlwerk gehörigen Stahlröhrenwerke in S. Hell (Ohio), die einen Wert von mehr als 2 Mill. Dollars haben, wurden in vergangener Nacht durch Feuer zerstört.

Aus New York wird berichtet: Der transatlantische Dampfer „Lusitania“ mußte bei der Ansfahrt stoppen, da von den Joris in der Umgebung Schießversuche gemacht wurden. Der Schaden, den diese anrichteten, wird auf 60.000 bis 80.000 Mark berechnet. Viele Geschosse schlugen in der Nähe des Schiffes ein, unter dessen Passagieren eine Panik entstand.

Vom Arbeitsmarkt.

St. Gallen, 19. Juni. In dem seit einem Vierteljahr dauernden Arbeitskonflikt zwischen der großen Stidereiabfabrik Heine in Arbon und nahezu 1000 ausgeperrten Arbeitern ist auch die neueste behördliche Vermittlung gescheitert. Die Direktion will wegen der andauernden Krise die Löhne noch mehr reduzieren.

Aus Württemberg.

Dienstnachrichten. Ernannt: Der Amtsrichter Haber von Frensdorf, Hilfsrichter bei dem Landgericht Kottswil, zum Landrichter bei diesem Landgericht und den Amtsgerichtsleiter Stadtmüller von Kottswil, Hilfsarbeiter des Bezirksnotariats Dornach, zum Bezirksnotar.

Ueberrufen: De Sede des Dolmetschers für die bei den Behörden des Justizdepartements einkommenden, in spanischer Sprache abgesetzten Urkunden dem Polarkisten Friedrich Enders in Stuttgart.

Aus der Partei. Zum Parteisekretär der Volkspartei wurde der Versicherungsbeamte Hans Staudenmaier, Schriftführer des Volksvereins Untertürkheim gewählt. — Das Sommerfest der Partei findet am 5. Juli in Neuenbürg statt. Ansprachen halten Abg. Schweikhardt und Prof. Hofmann.

Zur Ueberdorfer Wahl. Wie das Schw. Ab. mitteilt, hat der von der Volkspartei aufgestellte Kronenwirt G. R. Mutzler in Lauterbach seine Zusage zur Uebernahme der Kandidatur wieder zurückgezogen.

Stuttgart, 19. Juni. Die Bürgerlichen Kollegien haben die freigewordene Stelle eines besoldeten Gemeinderates dem derzeitigen besoldeten Gemeinderat Emil Klein in Ulm übertragen und ihn als dritten in der Rangfolge der besoldeten Stuttgarter Gemeinderäte eingereiht. Klein ist Regimist. — Der Gemeinderat hat seine Genehmigung ausgesprochen, auf Grund der jüngst gemeldeten Beschlüsse des Bürgerausschusses, mit dem Gesamtvorstand der Ortskrankenkassen in Unterhandlung zwecks Beilegung der wegen der Spitalverpflegungskosten entstandenen Differenzen einzutreten.

Stuttgart, 19. Juni. Dem Präsidium der Abgeordnetenversammlung ist ein Gesetzentwurf betreffend die Eingemeindung Degerlochs nach Stuttgart zugegangen. Der Entwurf wird ohne Kommissionsberatung noch vor Vertagung des Landtags erledigt.

Die in Ludwigsburg durch die Explosion eines Spiritusapparates verunglückte Rosa Fäßle ist, wie die Ludwigsburger Zeitung meldet, heute morgen im Bezirkskrankenhaus ihren schweren Verletzungen erlegen.

Aus Stuttgart wird gemeldet: Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Freitag nachmittag 1/2 Uhr auf der Planie in der Nähe des Waisenhausplatzes. Der Straßenbahnarbeiter Häfeler verlor auf einer Leiter stehend beim Ziehen eines Querdrahts den festen Stand und suchte sich an der Drahtleitung festzuhalten. Dadurch kam er mit der elektrischen Leitung in Berührung und stürzte, wie vom Blitz getroffen, zur Erde. Er erlitt einen Schädelbruch und starb nach kurzer Zeit.

Zu dem Verbrechen bei Ruitz erfahren wir, daß von der Ehlinger Landjägersmannschaft eine Spur gefunden wurde, die auf den Täter schließen läßt. Der vermutliche Täter ist 19 Jahre alt, Maurer und Fabrikarbeiter. Er stand bis 30. Mai in Ehlingen in Arbeit und hielt sich bei seiner Mutter auf. Während er seit dem Austritt aus der Arbeit sich regelmäßig morgens und abends bei seiner Mutter einstellte, ist er seit der Zeit, in der das Verbrechen begangen wurde, spurlos verschwunden.

In Nebringen O. Herrenberg verunglückte ein 12jähriges Mädchen dadurch, daß es von einem Heuwagen in eine Gabel stürzte. Es war sofort tot.

In Reutlingen hat ein Schüler der Oberrealschule, der Sohn einer angesehenen Beamtenfamilie, aus bisher unbekanntem Grund einen Selbstmordversuch unternommen und sich lebensgefährliche Verletzungen beigebracht.

Der 34jährige Füllspielwarenfabrikant Franz Steiff aus Giengen, hat sich dort vom Zug überfahren lassen. Der Kopf wurde ganz vom Leibe getrennt. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 19. Juni. Die Strafkammer fällt heute Abend gegen den ledigen Kellner Karl Bauer und 12 Genossen wegen Erpressung, teils verurteilt und teils vollendeten Betrugs, sowie wegen Urkundenfälschung das Urteil. Der Angeklagte Salm erhielt 2 Jahr Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, Rothhäusler 8 Mon. Gefängnis, Engisch 2 Monate Gefängnis, Dahler 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, Ruoff 10 Mon. Gefängnis, Gaupp 5 Mon. Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust, Nachtrieb 3 Jahre Gefängnis, und 5 Jahre Ehrverlust, Rinler 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, Eging unter Einrechnung einer gegen ihn bereits erkannten Gefängnisstrafe von 4 Mon. wegen Diebstahls insgesamt 1 Jahr und 3 Mon. Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, die Angeklagten Hochberger und Bierhorn je 4 Mon. Gefängnis, Schaumann 2 Mon. und 15 Tage Gefängnis. 9 Angeklagten wurde ein Teil der Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht.

Spiel und Sport.

Die Prinz-Heinrich-Fahrt.

Die Resultate.

- I. Preis Prinz-Heinrich-Preis (Wanderpreis) und Preis des Kaiserlichen Automobil-Klubs: Erle (Benz), P. 7,96.
- II. Preis der Stadt Frankfurt a. M.: Böge (Mercedes), P. 7,91.
- III. Preis der Stadt Lübeck: Paul, Fahrer Geller (Wdler), P. 7,28.
- IV. Preis der Stadt Köln: Zimmermann, Fahrer v. Lengerke (Benz), P. 6,76.
- V. Preis des Frankfurter Automobilklubs: Pöhr (Wdler), P. 6,51.
- VI. Preis der Stadt Kiel: Ladenburg (Benz), P. 6,38.
- VII. Preis der Stadt Hamburg: Vorch (Vorch), P. 5,83.
- VIII. Preis der Stadt Hannover: Dr. Stoeh (Vorch), P. 5,68.
- IX. Preis der Stadt Bremen: Jochems (Mercedes), P. 5,53.
- X. Stallpreis der Vereinigten Benzinfabriken, Altona, Albe, v. Flinsch (Mercedes), P. 5,53.

Für die Schnelligkeitsprüfung in der Ebene:

- I. Preis der Prinzessin Heinrich von Preußen: Erle (Benz).
- II. Preis des Großherzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz: Böge (Mercedes).
- III. Preis des Verkehrsvereins der Stadt Kiel: Paul, Fahrer Geller (Wdler).

Für die Schnelligkeitsprüfung im Bergfahren:

- I. Preis des Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen und bei Rhein: Erle (Benz).
- II. Preis der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen: Böge (Mercedes).
- III. Preis der Stadt Trier: Paul, Fahrer Geller (Wdler).

Spezialpreise:

Preis des Kölner Automobilklubs für den Fahrer des bestbewerteten Wagens, der in der Herkomes-Konkurrenz keinen Preis erhalten hat: Zimmermann, Fahrer v. Lengerke (Benz).

Preis für den bestbewerteten Wagen deutschen Fabrikats und falls dieser der Sieger ist, für den zweitbesten deutschen Wagen. Gegeben von der Großherzogin-Mutter Anastasia von Mecklenburg-Schwerin: Böge (Mercedes).

Preis für den Klub, für den der Besitzer des siegenden Wagens fährt, gegeben vom Großherzog von Mecklenburg-Schwerin: Rheinischer Automobilklub.

